

Soziales Gewissen

Der niedersächsische CDU-Sozialminister Hermann Schnipkoweit, 61, konnte der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem namhaften Betrag aus seinem Ministerium behilflich sein. Die unionsnahe Stiftung war in Schwierigkeiten gekommen, weil ein 470 000-Mark-Zuschuß aus der Landeskasse für den Kongreß „Zukunft Stadt“ letzte Woche in Hannover ausblieb. Die Landesregierung, formal Mitveranstalter, hatte eigens dafür einen Titel im Nachtragshaushalt für 1989 reklamiert. Doch nach SPD-Kritik ließ die CDU-Fraktion den Antrag fallen. Schnipkoweit, der in seiner Partei als „das soziale Gewissen“ (Ernst Albrecht) gilt, fand dennoch einen Weg, den Kongreß aus Steuermitteln mitzufinanzieren – ohne das Parlament vorher zu informieren. 300 000 Mark flossen den Veranstaltern schließlich aus dem Haushaltskapitel „06 36 – Sonstige soziale Leistungen“ zu. Mittel dieses Topfes, der aus den Abgaben der niedersächsischen Spielbanken gespeist wird, sollen für „außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich“ ausgegeben werden. Die amtlichen Richtlinien zählen dazu unter anderem Aktivitäten zur Erholung von Schwerbehinderten sowie „Maßnahmen zur Verhinderung der Gewalt gegen Frauen“.

Streit um Giftzüge

Konflikte um Sicherheitsvorkehrungen und Geheimhaltungsvorschriften verzögern den Abschluß einer Regierungsvereinbarung zwischen Bonn und Washington über den Abtransport amerikanischer C-Waffen. Danach sollen die hochgiftigen Kampfstoffe vom Herbst nächsten Jahres an aus Giftdepots in Rheinland-Pfalz mit knapp 20 Güterzügen zum niedersächsischen Hafen Nordenham gebracht werden. Von dort wollen die Amerikaner die Chemiewaffen

CDU-Präsidenten fordern mehr Macht

Der Machtkampf in der CDU-Spitze geht weiter. Heiner Geißler, Rita Süßmuth und Norbert Blüm haben für die erste Sitzung des neugewählten CDU-Präsidiums an diesem Montag eine „Arbeitsordnung“ vorbereitet, die Mitspracherechte des Führungsgremiums zu Lasten des Parteivorsitzenden ausbauen soll.

Helmut Kohl, der das CDU-Präsidium beim Rausschmiß des alten und der Einstellung des neuen CDU-Generalsekretärs nicht gefragt hatte, war danach seinen empörten Stellvertretern mit dem Versprechen entgegengekommen, mehr „Teamarbeit“ zuzulassen. Seine Gegenspieler wollen ihn beim Wort nehmen und künftig die Parteispitze bei allen wichtigen Personal- und Sachentscheidungen in Regierung und Partei „beteiligen“. Außerdem wollen sie bei Koalitionsverhandlungen nicht – wie in der Vergangenheit geschehen – übergangen werden. So fordert die neue „Arbeitsordnung“:

Bei allen wichtigen Personalfragen der Partei sowie zur Vorbereitung von wichti-



Christdemokraten Süßmuth, Geißler, Blüm

gen Personalentscheidungen in der Bundesregierung, in der Bundestagsfraktion und der Europäischen Gemeinschaft ist das Parteipräsidium rechtzeitig zu befähigen.

Vor wichtigen politischen Entscheidungen der Bundesregierung und der Koalition ist eine Meinungsbildung im Präsidium herbeizuführen, soweit nicht eine direkte Befassung des Bundesvorstandes erfolgt.

zur Vernichtung per Schiff zum Johnston-Atoll im Pazifik schaffen. Bonn besteht darauf, daß die US-Streitkräfte sich an die vor kurzem verschärften deutschen Vorschriften für den Transport gefährlicher Güter halten. Die Amerikaner wollen erst nach Abschluß der Transportaktion 1992 die Öffentlichkeit unterrichten. Das widerspricht den Interessen Helmut Kohls. Der Bonner Kanzler möchte den Abzug unmittelbar vor der Bundestagswahl propagandistisch ausschlichten. Ranghohe Hardthöhen-Offiziere bezweifeln zudem, daß sich die „Geheim-

niskrämerei“ durchhalten läßt. Wenn der erste Zug rolle, würden Beobachter der Friedensbewegung Alarm schlagen. Sicherheitsfachleute erwarten, daß bald die ersten Bürgermeister aus Orten längs der Strecken nach den Katastrophenschutzvorkehrungen fragen werden.

Diplomatisches Zubrot

Deutschlands Diplomaten sind am Ziel ihrer Wünsche: Auf Auslandsposten geht es ihnen künftig besser als Soldaten oder Lehrern. Ein Sondergesetz soll ihnen handfeste materielle Vorteile bringen. Auswärtiges Amt, Finanz- und Innenministerium haben sich im Prinzip darauf geeinigt, den Diplomaten ein Zubrot zu gewähren, weil sie alle drei bis fünf Jahre in ein anderes Land umziehen müssen. Der zuständige AA-Unterhändler, Ministerialdirektor Michael Jansen, hält fünf Prozent der nicht gerade kargen Auslandsbesoldung für angemessen. Weitere zehn Prozent begehren die Diplomaten für den repräsentativen Einsatz ihrer Ehefrauen. Kommt Jansen mit diesem Vorschlag durch, kostet das rund 40 Millionen Mark; jeder der rund 2500 Diplomaten im Ausland profitierte im Schnitt mit 16 500 Mark im Jahr. Doch der geplante staatliche Zuschlag sorgt für Ärger. Alfred Breier, Abteilungsleiter im In-



US-Giftwaffendepot Fischbach

Zur Wahrnehmung dieser Führungsaufgabe ist es erforderlich, daß das Präsidium der Partei im zweiwöchigen Abstand zusammentritt.

Der Bundesvorstand bzw. das Präsidium entscheidet über die Vertreter der Partei in Verhandlungskommissionen.

Das Präsidium beschließt eine Aufgabenteilung nach politischen Bereichen mit der Maßgabe, daß die für die jeweiligen Bereiche zuständigen Präsidiumsmitglieder auch die jeweiligen Sprecher für diese Sachfragen und die Ansprechpartner für die betreffenden Organisationen und Verbände sind.

Präsidium und Bundesvorstand müssen in die Vorbereitung der Wahlkampfkonzeption für die Bundestagswahl 1990 rechtzeitig einbezogen werden, wobei insbesondere über die thematischen Schwerpunkte, über die Struktur des Wahlkampfes und über den Einsatz der führenden Persönlichkeiten entschieden werden muß.

Kohls neuer Generalsekretär Volker Rühle hielt vorsorglich schon dagegen. Es bleibe „bei der Gesamtzuständigkeit des Vorsitzenden und des Generalsekretärs“, ließ er über sein Büro verbreiten – also:

Arbeitsteilung ja, Abtreten von Kompetenzen nein.

nenministerium, rechnete dem Kollegen Jansen vor, die letzte strukturelle Besoldungsverbesserung für das gemeine Beamtentum habe den Staatsdienern im Schnitt ganze 76 Mark pro Jahr eingebracht. Der Finanzminister fürchtet, Soldaten und Lehrer im Ausland würden schon bald ähnliche Gunstbeweise bei ihren Dienstherren einklagen.

Rest erledigt

Bundeskanzler Helmut Kohl ist bereit, der Regierung in Warschau mit einem Bürgschaftsrahmen von jährlich einer Milliarde Mark zu helfen. Die Zusage soll für drei Jahre gelten. Außerdem brauchen die Polen aufgelaufene Tilgungen und Zinsen in Höhe von rund 500 Millionen Mark aus dem sogenannten Jumbo-Kredit von einer Milliarde Mark nicht zurückzahlen. Die verbleibende Restschuld wird zum Teil in Zloty umgewandelt und zur Finanzierung gemeinsamer Vorhaben in Polen, so der Restaurierung des Schlosses Kreisau, genutzt. Allerdings muß Kohl noch die Zustimmung des widerstrebenden Finanzministers Theo Waigel (CSU) einholen, bevor er in der zweiten Novemberhälfte mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher für vier Tage zu seinem seit langem angekündigten Besuch nach Polen reist.

„Es tut nicht gut, diesen schier endlosen Blick in den Abgrund einer Kindheit an einem Stück auszuhalten... Denn der Schwindel erfasst auch den geübten Leser. Die Atmosphäre steckt an wie eine unterirdisch eindringende Krankheit. Nach ein paar Stunden, wenn man sich wirklich einläßt, hat sich der eigene Blick auf die Welt verändert. Das eigene Unbewußte scheint vergiftet... Der Text entwickelt einen Sog. Man ist ungläubig und fassungslos und spürt doch: Es stimmt alles, das erfand er nicht, es ist nur zuviel, und noch beim Nacherzählen, beim ersten Versuch, es hinauszuschreiben und vielleicht ein wenig zu ordnen, ist es zuviel...“

TILMANN MOSER IN DER ZEIT



Manfred Bieler Still wie die Nacht Memoiren eines Kindes

HOFFMANN UND CAMPE

Hoffmann und Campe

384 Seiten, DM 39,80